

AKTION MEDIEN

Jeder Brief wird gezählt wie 1000 Wählerstimmen und hat Gewicht. Emails werden schnell gelöscht.

Wir bitten Sie, mit dem Musterbrief ab Seite 2 Ihre örtlichen Medien anzuschreiben! Sie können den Brief auch ergänzen. Die folgenden zwölf Adressen können Sie auch anschreiben:

DuMont Mediengruppe GmbH & Co. KG
Neven DuMont Haus
Amsterdamer Straße 192
50735 Köln

Axel Springer SE
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Bertelsmann SE & Co. KGaA
Carl-Bertelsmann-Straße 270
33311 Gütersloh

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Ericusspitze 1
20457 Hamburg

Georg von Holtzbrinck GmbH & Co. KG
Gänsheidestraße 26
70184 Stuttgart

Rheinische Post Mediengruppe GmbH
Zülpicher Straße 10
40196 Düsseldorf
FUNKE Mediengruppe GmbH & Co. KGaA
Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Ippen Digital GmbH & Co. KG
Paul-Heyse-Straße 2-4
80336 München

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main

Südwestdeutsche Medienholding GmbH
Plieninger Str. 150
70567 Stuttgart

Geschäftsstelle des Rundfunkrats
50600 Köln

ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN
Geschäftsstelle Fernsehrat und Verwaltungsrat
55100 Mainz

Hörfunkrat
Raderberggürtel 40, 50968 Köln

Wir bedanken uns für Ihre Hilfe!

Team Gemeinwohllobby

Musterbrief ab Seite 2

Name und Adresse der Absender

Ort/Datum

Name und Adresse der Empfänger

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Presse und dem ÖRR kommt in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Journalisten sollen immer noch als vierte Gewalt im Staat fungieren, ein wachendes Auge auf die Politiker werfen und die Menschen über Verfehlungen und Missstände aufklären. Die Pressefreiheit ist eines der höchsten Güter in Deutschland und ist im Art. 5 Grundgesetz verankert. Journalisten sind nach dem Pressekodex zur Recherche, Sorgfalt, Wahrung der Menschenwürde und wahrhaftiger Unterrichtung der Öffentlichkeit verpflichtet. In ihrer Berichterstattung sind sie an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Statt der gerade genannten Aufgaben der Medien erleben wir eine Berichterstattung, die die breite Bevölkerung über gravierende Verfehlungen und entstandene Missstände durch die Politik kaum aufklärt. Verfassungswidrigkeiten und Menschenrechtsverletzungen werden durch die Medien toleriert, statt eines offenen demokratischen Diskurses in der Gesellschaft zu fördern. Die folgenden Beispiele dazu:

1. Die Freihandelsabkommen JEFTA (EU-Japan) und EUSFTA (EU-Singapur) sind ein Meilenstein im Abbau der Demokratie. **Mit der Ratifizierung dieser beiden Freihandelsabkommen wurde das Grundgesetz ausgehebelt.** Es hat ein Identitätswechsel stattgefunden, denn die Entscheidungsgewalt wurde auf demokratisch nicht legitimierte Handelsausschüsse im Bereich der Abkommen übertragen. Deshalb ist eine Verfassungsbeschwerde von Prof. Weiß, Universität Speyer, bei dem Bundesverfassungsgericht gegen EUSFTA im Namen von drei NGO's seit 2019 anhängig. Über diesen ungeheuren Verfassungsbruch durch die Politik wurde die Bevölkerung durch die Medien nie aufgeklärt.

2. Laut dem Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ (IMA) vom 8. Februar 2023 bedarf es konkreter Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der psychischen und psychosozialen Belastungen durch die COVID-19-Pandemie zu unterstützen. Experten rügten schon 2020 scharf die Beschneidung von Kinderrechten während der Pandemie in einer öffentlichen Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko). Maßnahmen der Politik wurden laut Experten **VÖLKERRECHTSVERSTOSSEND** und **BUNDESGESETZWIDRIG** ohne Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen. Genauso wurden die alten Menschen behandelt. Die Medien haben diese enormen Menschenrechtsverletzungen der Politik toleriert und sich auch nicht für den Schutz der Kinder, Jugend und Alten eingesetzt.

3. **Seit mindestens 13 Jahren sind die größten Geldgeber der WHO die Pharmaindustrie, private Geldgeber und nicht gewählte NGOs.** Die WHO entscheidet in völlig undurchsichtigen Gremien und hat schon mehrere Fehlentscheidungen (z. B. Schweinegrippe) getroffen, die der Pharmaindustrie stets enorme Gewinne gebracht haben. Vom 21.05. - 28.05.2023 soll die neue Gesundheitsvorschrift (International Health Regulation-IHR) der WHO in Genf verhandelt werden. Die drastischen Änderungen sollen für alle Mitgliedsstaaten völkerrechtlich verbindlich werden. Der Pandemievertrag, der dann im Mai 2024 beschlossen werden soll, soll auch im Mai 2023 festgelegt werden. Der Generalsekretär der WHO wird dadurch de facto unbegrenzte Machtbefugnisse zur Ausrufung (und zur Perpetuierung) von Gesundheitsnotständen erhalten. Gleichzeitig erhält er zusätzlich die Kompetenz, nicht nur die verfassungsmäßigen Grundordnungen aller Staaten (Gewaltentrennung; Legalitätsprinzip etc.) außer Kraft zu setzen, sondern auch die klassischen Schutzrechte der Individuen. Eine verkürzte Notzulassung neuer pharmakologischer Produkte mit einer Frist von max. 100 Tagen ist auch im Gespräch. Für Deutschland verhandelt in dieser wichtigen Frage nur eine kleine Delegation unter Leitung von Gesundheitsminister Lauterbach ohne vorherige politische und öffentliche Diskussion, ohne Beratung durch das Parlament, ohne Mandat durch das Volk und ohne Volksbefragung. Eine Außerkraftsetzung des Grundgesetzes durch die WHO ist verfassungswidrig, ohne vorher die Bevölkerung gefragt zu haben (s. Lissabon Urteil 2009 BVerfG). Über diese verfassungswidrigen Bestrebungen der WHO wurde die Bevölkerung durch die Medien nicht informiert.

Mit diesen Beispielen ist klargestellt, dass die Medien ihre Aufgaben gerade, was die Wahrung der Menschenwürde und der Schutz der demokratischen Grundordnung betrifft, nicht erfüllen und mit ihrem Schweigen sogar behilflich bei der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung sind. **Ich fordere Sie auf wieder zu einer wertfreien und neutralen Berichterstattung, so wie im Nürnberger Kodex festgehalten, zurückzukehren und ihre Aufgabe einer vierten Staatsgewalt gemäß unserer Rechtsordnung wahrzunehmen.**

Mit freundlichen Grüßen